

# Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 7

PDF erstellt am: **08.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# POLITISCHE RUNDSCHAU

## Einerseits..., anderseits...

-an- Wir sollten neue Kraftwerke bauen, wir sollten aber auch darauf verzichten, weil jede technische Umgestaltung der Landschaft gewisse Gefühle verletzt und in extremen Fällen, wie beim Rheinwald- und Ursenprojekt, menschliche Werte bedroht. Die Dezimierung einer sehr alten völklichen Gemeinschaft ist ein Angriff auf sehr wesentliche menschliche Werte, ganz bestimmt. Davor also heisst es zurückschrecken — einerseits. Aber wiederum anderseits heisst es, dass die Industrie, von welcher Hunderttausende, nicht nur ein kleines Tausend Rheinwaldner, leben, neue Kraftwerke und solche, die den billigsten Strom liefern, brauche...

Wir sollten «einerseits» unsere Bundesfinanzen in Ordnung bringen, bevor wichtige neue Ausgaben wie jene für die AHV, beschlossene Sache sein werden — wir sollten aber anderseits gerade wissen, ob es in Zukunft solche Ausgaben geben wird, und erst dann können wir mit Vernunft an die Ordnung der Bundesfinanzen gehen. Die Gegner der AHV haben sich durch nichts so deutlich verraten wie durch den Hinweis auf die «vorherige» Regelung der Bundesbuchhaltung. Man kann nicht endgültig sanieren und dabei sehen, was beim heutigen Stande der Dinge allenfalls für die Alten übrig bleibe. Darum bedeutet dieses Argument der Gegner, dass sie einerseits dem Bunde das totale Sparen beibringen und anderseits die Versicherung als künftiges Grossgeschäft für die Gesellschaften reservieren wollen...

Wir sollten einerseits der Landwirtschaft Garantien dafür geben, dass sie nicht, wie vor dem ersten Weltkrieg, vor den Interessen unserer Exportwirtschaft an einem billigen Lebensstandard zurücktreten müsse, dass sie jede Einfuhr billiger Nahrungsmittel dulden und sich ganz und gar auf jene Spezialzweige der Erzeugung einstellen solle, die gerade noch lukrativ wären. Wir sollten aber anderseits für eine Ernährungsbasis sorgen, bei welcher die von der Industrie gewährten Löhne — und bei der Weltkonkurrenz möglichen Löhne — ausreichen, um den Arbeiter anständig leben zu lassen. Wir wissen längst, dass es sich hier um das «Einerseits und Anderseits» handelt, nicht um ein «Entweder-Oder», aber immer noch ist die Quadratur des Zirkels nicht gefunden worden. Oder man gewahrt nicht, dass man praktisch den vernünftigen Weg ja längst geht, indem die Bauernschaft von einer florierenden Arbeiter-Käuferschaft profitiert — und die Inlandsindustrie von der bäuerlichen Kaufkraft — und vice versa.

Es liesse sich vielleicht eine Statistik aller der vielen «Einerseits-Anderseits» in unserm politischen und wirtschaftlichen Dasein aufstellen und nachweisen, wie fast überall nicht die Unvereinbarkeit der Standpunkte zu richtigen Lösungen führt, sondern das Gegenteil, nach dem alten Rezept: *Das eine tun und das andere nicht lassen*. Womit wir wieder bei den Kraftwerken wären, die gebaut werden müssten, jedoch unter Wahrung jeglicher menschlichen Werte, wenn auch die Natur nicht «gänzlich ungestört» bliebe...



Das neue Kabinett De Gasperi, aufgenommen im Palazzo Giustiniani, nachdem die Minister vor dem provisorischen Präsidenten der Republik, Enrico De Nicola, den Amtseid abgelegt hatten. Vorderste Reihe v. l. n. r.: Pietro Campilli, Finanzen und Schatzamt (Christlichdemokrat); Graf Carlo Sforza, Aeusseres (Unabhängig); Alcide De Gasperi, Ministerpräsident (Christlichdemokrat); Giuseppe Romita, Arbeit (Sozialist); Fausto Gullo, Justiz (Kommunist); Mittlere Reihe v. l. n. r.: Guido Gonella, Unterricht (Christlichdemokrat); Mario Scelba, Inneres (Christlichdemokrat); Emilio Sereni, Öffentliche Arbeiten (Kommunist); Hintere Reihe v. l. n. r.: Ezio Vanoni, Aussenhandel (Christlichdemokrat); Antonio Segni, Landwirtschaft (Christlichdemokrat); Rodolfo Morandi, Handel und Industrie (Sozialist); Luigi Cacciatori, PTT (Sozialist) (Photopress)

## Lange Nachwehen...

Immer wieder muss man den bekümmerten Zeitgenossen beweisen, worin die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage bestehen und worin sie nicht bestehen. Muss ihnen sagen, dass es um die Folgen des eben verflorenen Krieges, des schlimmsten der ganzen Weltgeschichte, um die Liquidierung dieser Folgen, gehe, und gar nicht um die Verwirren eines neuen und angeblich unabwendbaren Krieges. Die Pessimisten und Kurzsichtigen können nicht fassen, dass erst jetzt, am 10. Februar, die ersten Friedensverträge unterzeichnungsfertig vorliegen, während doch bald zwei Jahre seit der deutschen Kapitulation verfloren seien. Sie scheinen anzunehmen, nichts wäre leichter gewesen, als in einigen wenigen Konferenzen vier oder fünf vernünftige Verträge aufzusetzen, unterzeichnen zu lassen, alle Grenzen wieder zu öffnen und die Leute geschäftig zu lassen. Ja, man trifft auf unversöhnliche Kritiker der heutigen grossen Politik, welche behaupten, die ganze fürchterliche Misère in der Wirtschaft der kriegszerstörten Länder wäre längst behoben, hätte man nur rasch Frieden geschlossen. Man muss solchen Leuten empfehlen, die Verträge, welche wohl in dieser Woche vollinhaltlich durch die Presse gehen werden, ganz genau zu lesen und sich vorzustellen, dass jeder einzelne Satz einen Kompromiss darstellt, um den wieder und wieder gerungen wurde. Denn jede rechtliche Verpflichtung, welche man einem der Besiegten auferlegen wollte, berührte die Interessen von Nachbarn oder fernern Mächten, von Völkern, welche durch den Krieg gelitten und für sich das Recht auf Wiedergutmachung beanspruchten. Und nicht nur das: Die Sieger, die grossen und kleinen, be-

harren auf der Notwendigkeit, Garantien gegen Revanchegefühle, gegen spätere neue Angriffe, schaffen zu wollen und zu müssen. Dem aber sollen diese Verträge dienen. Dabei muss jede Siegergruppe überlegen, ob nicht die andere sich Positionen schaffe, gegen welche man sich ebenfalls sichern sollte... Bis all diese Sorgen, Interessen, Befürchtungen ausgemacht sind, vergehen Zeiten und werden Kämpfe von unheimlicher Hartnäckigkeit geführt. Am wirtschaftlichen Elend aber sind diese Kämpfe nicht oder nur minimal schuld. Molotows Stiernackigkeit, welche sich mit der Wildwest-Härte eines Byrnes gemessen, hat keine Städte verbrannt und keine Staudämme gesprengt, keine Schiffstonnage versenkt und keine Bahnen ruiniert, wie dies vorher sechs Jahre lang geschehen...

Will aber jemand begreifen, dass es sich um die «langen Nachwehen» des grössten aller Kriege geht, dann muss er sich in erster Linie nach den Schwierigkeiten umsehen, mit welchen nicht die Besiegten, sondern die Sieger zu kämpfen haben. Er wird dann auch gleich innwerden, warum sie so «nervös» um die Liquidationsmasse des Krieges (nicht um die «Beute»!) — markten. Und warum alle fürchten, am Ende noch draufzahlen zu müssen! Werfen wir einen kurzen Blick auf die unerwartet hereingebrochenen

## Sorgen Englands.

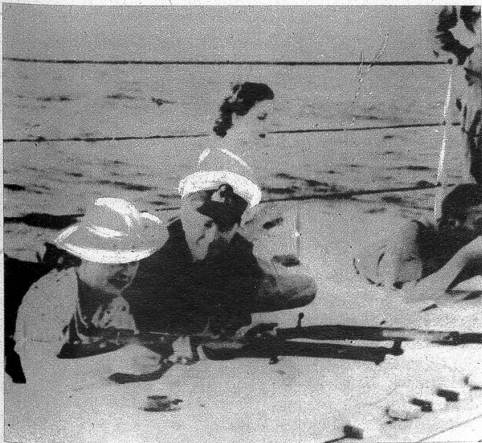
Vergangene Woche wurde — nur für eine Woche oder doch nur für eine ganz kurze Zeit — die Kohlenausfuhr gesperrt. Zugleich erfolgte eine massive Stromsperre. Es tönte wie ein Alarmruf, und die ganze Welt, die England schon überm Berg sah, fragte verwundert, was denn eigentlich los sei. Nun, was ist los? Ganz einfach: Die Kohlenför-



derung genügt nicht. Und zwar ist daran nicht die «Sozialisierung» der Bergwerke schuld, sondern die *Unmöglichkeit, den ehemaligen, grubengewohnten Stamm der Kohlengräber zu ergänzen*. Die Regierung lässt von der staatlichen Grubenverwaltung hohe Löhne ausrichten. Es wird versucht, die *Polen der Armee Anders*, die in England verbleiben, für die Bergwerke anzuwerben. *Versuche mit deutschen Gefangenen*, die entlassen werden, folgen. Allein man nimmt die berufsgewohnten Belegschaften nicht ungestraft auseinander. Der Krieg hat Lücken gerissen, welche erst nach Jahren ausgeglichen werden können. Die konservative und liberale Opposition greift die Regierung an, obgleich in ihren Reihen Leute genug sitzen, welche über die veraltete Organisation des Grubenwesens im Bilde sind und gewusst habe, dass jede Art Verfassung mit den nämlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde.

Die Aufgabe — eine äusserst schwierige Nachkriegsaufgabe, ist also gestellt: *Erneuerung nicht nur des Bergarbeiterstammes, sondern auch der technischen Einrichtungen*. Denn auch sie sind in sechs Jahren nicht jünger geworden, haben im Gegenteil gelitten und sind heute noch mehr überaltert, als sie es ohnehin schon vor dem Kriege waren. Wer aber sagt: Technische Erneuerung, der erinnert daran, *was alles in England erneuert werden muss*, von den Häusertrümmern in der Londoner City und in vielen andern Städten bis zum Wagenpark der letzten Tram- und Eisenbahnlinie, von den Maschinen unzähliger Fabriken bis zur letzten Haushaltseinrichtung. Neben dieser Erneuerung aber dauert eine *forcierte Produktion für den Export* an — denn England hat noch etwas Wichtiges zu erneuern: *Seinen fast total ruinierten Auslandskredit*, der nur dank dieser wirtschaftlichen Leistungen den vorhandenen Ruin nicht zeigt.

*Der Prozess der Erneuerung aber und die*



Die englische Königsfamilie, die gegenwärtig an Bord des Schlachtschiffes «Vanguard» nach Südafrika reist, weiss die lange Reisezeit recht originell zu gestalten. König Georg, ein leidlich guter Tennisspieler, liebt am Morgen ein Spielchen mit einem Schiffsoffizier auf Oberdeck im Schatten mächtiger Geschützrohre. Die Königin und die beiden Prinzessinnen geben sich mit Leidenschaft dem Cricket hin. Unser Bild zeigt die Königsfamilie anlässlich eines «Schützenfestes» in voller Aktion. Ein Schiffsoffizier führt die Königin in die Handhabung eines Gewehres ein. Kronprinzessin Elisabeth verfolgt interessiert die Instruktion. Der König visiert die Scheibe. Die «Vanguard» ist das erste Schiff der britischen Kriegsmarine, welches mit einer Bildfunkapparatur ausgerüstet ist. (Photopress-Funkbild)

*forcierte Produktion, beide verlangen Kohle und immer mehr Kohle*. Mag man noch so viel mehr als noch vor einem Jahre fördern, und wächst auch der Stamm der Arbeiter schneller als die modernisierte technische Rüstung der Gruben, die Ausbeute genügt den wachsenden Bedürfnissen nicht. Darum verfügte die Regierung jene «Wockensperre», um über die akute Mangelkrise hinwegzukommen. In einem Jahre, in anderthalb vielleicht, wird man den Bedürfnissen wieder genügen, und dann soll sich der Segen der Sozialisierung auswirken: Es wird keine «Ueberproduktion an Kohle», keinen Preissturz geben, welchen die Bergarbeiter mit Lohnverlusten büssen müssen. Man wird im Gegenteil so viel fördern, wie man eben braucht, und allfällige Verluste durch Preisvorschriften zu verhindern wissen.

#### Frankreichs Preisabbau- schlacht

kennzeichnet die *andersgearteten Nöte* eines der schwerer heimgesuchten Siegerländer. Es hat *auch* seine Kohlennot, und man vergisst, dass sein Schrei nach der Ruhr- und Saarkohle teilweise dem eigenen Unvermögen entspringt, die Förderung in den eigenen Gruben so zu steigern, wie es geschehen müsste. Es hat weiterhin seine Sorgen um die gleiche und noch viel dringlichere technische Erneuerung. Es kämpft mit der endgültigen Ueberwindung der Verkehrsnot, um die Ueberwindung der immer noch brennenden Wohnraumnot. Aber Lärm wird nicht um all diese Nöte gemacht, sondern nur um die eine: *Die Versorgungsnot auf dem Lebensmittelmarkt*.

Das Kabinett *Ramadier* ist in sich uneins über die *Fortsetzung des Blumschen Experiments*, welches sich vor Wochen so gut angelassen. Statt jedoch in die einmal angehaue Kerbe zu hauen, wird nun eine zweite zu schlagen versucht, und zwar nicht von den verantwortlichen Sozialisten, sondern den Kommunisten, hinter welchen bestimmte Gewerkschaften stehen. Warum von dieser Seite versucht wird, auf einmal *ausser einer neuen fünfprozentigen Preissenkung auch eine Lohnerhöhung vorzuschreiben*, ist nicht leicht zu verstehen. Wahrscheinlich ist die Aktion aus der praktischen Lage heraus zu erklären. Der erste verfügte Preisabbau hat nicht überall das erwünschte Resultat erzielt. Augenzeugen aus Paris berichteten, wie viele Ladenbesitzer schnell die Preise um zehn Prozent erhöhten und dementsprechend anschrieben, darauf die Plakate mit den 5 Prozent Senkung heraushängten und damit 5 Prozent verdienten. Sie verliessen sich ganz einfach darauf, dass die kontrollierenden Beamten und Polizisten vergessen hätten, auf welcher Höhe vordem die Preise wirklich gestanden.

Schlimmer als diese «schnellen, klugen, wendigen» Praktiker des Pariser Ladengeschäftes waren die *Lieferanten*, die in grossem Umfange zu streiken begannen, so dass die Hauptstadt wieder ihre *Fleischkalamität, ihre Gemüsekalamität* und all die andern Kalamitäten erlebte. Die *Fischereiflotten*, welche in die Häfen zurückkehrten, verkauften ihre Beute an ausländische Kunden und sandten nach Paris höchstens den unabsetzbaren Rest minderer Qualität. Oder sie lieferten zu besseren Preisen an den heimischen Schwarzhandel.

*Ramadier* und jeder andere Politiker wissen, dass es einmal besser werden wird,

dann nämlich, *wenn wieder die Lieferanten den Käufern und nicht umgekehrt die Konsumenten den Lieferanten nachlaufen* müssen. Wenn die Weltnot nicht mehr so hart weiterdroht. Wenn nicht an jeder Ecke ein fremder Aufkäufer mit schwarz gekauften Francs die Vorräte an sich zieht, um daran sein Sündengeschäft zu machen. Die *Parole lautet darum wie ehemals: Mehr produzieren*. Die Arbeiter sagen: Gern. Aber zu höheren Löhnen. Und darum kommen Kommunisten und Gewerkschaften und wollen es wieder «anders herum» versuchen. Sie zweifeln daran, ob der Lieferstreik der Bauern, Fischer und Händler zu brechen sei. Nochmals wollen sie in die Arena steigen und versuchen, mit den Löhnen den Preisen voranzurennen. Was bekanntlich schwer ist!

Und die Russen? Und die andern?

Geben die *dauernd aus der russischen Besatzungszone wegtransportierten Güter* das Mass dessen an, was in der riesigen westrussischen Wiederaufbauzone fehlt, dann muss man beinahe sagen, dass dort an *allem* Mangel herrsche. Neuerdings haben die *Abmontierungen von Fabriken und Maschinen aufgehört*. Statt dessen deklariert die Besatzungsmacht in *vielen wichtigen Fabriken das russische «Mitbesitzrecht»*. Bei den Westmächten erheben sich Proteste gegen derartige Expropriierungen «auf Reparationskonto». Die Antwort Moskaus lautet sehr einfach: Ihr macht es ebenso, nur dass ihr Kapital in deutsche Betriebe steckt und Zinsen bezieht, während wir die Arbeiter bezahlen und unser Guthaben mit Warenbezügen verrechnen.

Ob so oder so, beides läuft auf die *unendlich gefährliche Belastung der deutschen Arbeit* hinaus, die jahrzehntelang andauern und die deutschen Massen allen Befreiungsparolen öffnen wird. Im März soll endlich «weit hinten in Moskau» die Aufstellung des furchtbaren Sollkontos für die Deutschen begonnen werden, das sie ihrem Hitler und seinen Paladinen von der «schimmernden Reichswehr» zu verdanken haben. Vermutlich wird die deutsche Reaktion in nichts anderem bestehen, als in der Hoffnung, einmal eine noch mehr «schimmernde Wehr» zu haben und die Schröpfer ihrer Arbeit zu zerschmettern. Denn in der Politik wiegen Schuldgefühle nichts, die Gefühle der nackten (ob verschuldeten oder unverschuldeten) Not alles.

Kommt hinzu, dass es bei den Deutschen durchsickert, was die Alliierten alles nicht getan, um der heutigen deutschen Not abzuhelpen. Niemand kann die deutschen Zeitungen hindern, *die Meldung zu verbreiten, dass drüben in USA eine ganze Million Tonnen Kartoffeln vernichtet wurden, um die Preise zu halten*. Zehn Millionen Doppelzentner, auf 70 Millionen Deutsche verteilt — man kann sich ausrechnen, was das auf den Kopf ausmacht. Die politische Kurve in Amerika geht ihren Gang. Man wird sagen, zur Zeit der UNRRA und Roosevelts wäre dagegen sofort eingeschritten worden. Aber leider vertut man in USA das Erbe Roosevelts in mannigfacher Hinsicht. An dieser Art «schwärzesten schwarzen», wenn auch legitimen Handels wird die Welt nicht genesen. Darüber ist man sich längst klar. Und doch beginnt dieser schlimmste Auswuchs der alten anarchischen Wirtschaft wieder derartige Blüten zu treiben.